

Aus unseren Vereinigungen : Ferienkurs 1991 der Religiös-sozialistischen Vereinigung : "Europa - Festung oder offenes Haus?"

Objektyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **85 (1991)**

Heft 12

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ferienkurs 1991 der Religiös-sozialistischen Vereinigung: «Europa – Festung oder offenes Haus?»

Kurz vor Abschluss der Verhandlungen zwischen EG und EFTA um den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) war das Thema des diesjährigen Ferienkurses vom 4. bis 11. Oktober 1991 in Lucelle hochaktuell. Leider mussten einige Freundinnen und Freunde kurzfristig aussteigen oder konnten nicht während der ganzen Dauer dabei sein, so dass die Zahl der Teilnehmenden zeitweise auf unter 20 schrumpfte. Wie schon im Vorjahr wurden nicht Referate gehalten, sondern Gespräche mit den eingeladenen Gästen geführt, wozu ihre eingereichten Texte die Grundlage boten. Eine freiwillige morgendliche Meditation stimmte ins Tagesgeschehen ein. Wohltuend war die ruhige, sanfte Atmosphäre in dieser Jura-Region, wo früher ein Zisterzienserkloster mit grosser Ausstrahlungskraft in die umliegenden Länder stand und Pilger von weither geistige Erneuerung suchten. Kirche und Kloster wurden Opfer politischer Wirren während der Französischen Revolution. Zeuge bewegter Geschichte ist noch das «Maison Saint-Bernard», heute Bildungs- und Erholungszentrum, wo wir liebevoll aufgenommen wurden. Die Vorbereitung für diesen gelungenen Ferienkurs, der auch viel Raum für persönliche Gespräche, Spaziergänge und gemütliches Beisammensein bot, hatten Irène Häberle, Beate Wille, Urs Eigenmann und Christoph Freymond übernommen.

Gret Haller: Abbau der «Vaterländer»

Dass die nationalstaatliche Idee den Namen «Vaterland» und nicht etwa «Mutterland» hervorgebracht hat, ist kein Zufall, meint Nationalrätin Gret Haller, Mitglied der Parlamentarischen Delegation des Europarates. Anknüpfend an Erich Fromms Charakterisierung der Vater- und Mutterliebe ist «Vaterland» ein Begriff der *Grenzziehung und Disziplinierung*, der immer die Möglichkeit einschliesst, dass das Vaterland jemanden fallenlässt, dass man zum «vaterlandslosen Gesellen» gestempelt wird. «Mutterlandslose Gesellen» hingegen gibt es nicht, denn ein Mutterland lässt niemanden fallen, grenzt nicht aus und ist daher mit nationalstaatlichen Prinzipien unvereinbar. Zum Glück stimmt heute die Einteilung Fromms aus den fünfziger Jahren

nicht mehr ganz, denn «neue Väter leben auch das, was Fromm «Mutterliebe» genannt hat».

Die europäische Integration, unterstreicht Gret Haller, führt notwendigerweise zu einem Abbau der «Vaterländer». Sie freut sich über jede Öffnung gegenüber der europäischen Idee. Allerdings ist damit das «Mutterland Europa» noch keineswegs garantiert, denn zwei problematische Entwicklungen egoistischer Natur sind denkbar: ein zunehmender «Regionalismus» (z.B. Bestrebungen in der Lombardei, sich von Italien zu lösen, um sich der Solidarität mit den ärmeren Teilen Italiens zu entziehen) oder ein zunehmender «Europäismus» (z.B. Abschottung Europas gegenüber der Dritten Welt) oder beides zugleich.

Dezidiert wendet sich Gret Haller gegen ein übertriebenes Sicherheitsbedürfnis: «Was mir in Diskussionen über Europa manchmal Mühe macht, ist die fast etwas primadonnenhafte Haltung, wir sollten zuerst einmal abwarten, ob die Sache für uns vorteilhaft sei, und nachher könne man dann entscheiden, ob wir die Öffnung wagen sollten. Diese Haltung ermöglicht nie eine echte Offenheit und ein Sich-Einlassen auf das andere. Die Europafrage kann nicht aus einem Moment heraus beurteilt werden, sie ist ein Prozess, eine Entwicklung.»

Peter Bosshard: nicht zu Lasten der Dritten Welt

Die Öffnung der Schweiz hin zu Europa darf nicht zu Lasten der Dritten Welt gehen, und eine «Festung Europa» im Zeichen der Europäischen Gemeinschaft muss auf allen Ebenen verhindert werden – so das Fazit des Gesprächs mit Peter Bosshard, Sekretär der «Erklärung von Bern», einer Organisation für solidarische Entwicklung.

Als *Forderungen an die schweizerische Ausussenpolitik* im europäischen Integrationsprozess nennt Peter Bosshard u.a.: Zoll- und Handelserleichterungen an die EG sind auch den Ländern der Dritten Welt zu gewähren (ausgenommen bei ausbeuterischen Arbeitsbedingungen); keine verschärften Restriktionen gegen die Einwanderung aus der Dritten Welt zur Kompensation des verstärkten Zuzugs aus EG-Ländern; Übernahme künftiger EG-Regelungen und deren Anwendung auch auf Drittweltländer in bezug auf Rechtshilfe in Steuersachen (Fluchtgelder) und das Waschen von Drogengeldern; Übernahme von Einschränkungen der EG gegen den Export von Giftmüll,

Waffen, Arzneimitteln und andern gefährlichen Produkten.

Peter Bosshard bemängelt, dass im Binnenmarkt-Programm die *Dritte Welt* nicht vorkommt und daher die Auswirkungen dieses Marktes auf die Dritte Welt bisher *kaum ein Thema* sind. Die offizielle Haltung ist diesbezüglich «blauäugig und unverbindlich». Die Entwicklungspolitik der EG beschränkt sich hauptsächlich auf die 1975 erstmals abgeschlossenen Lomé-Abkommen, welche die Wirtschaftsbeziehungen und die Entwicklungszusammenarbeit zwischen den EG-Ländern und früheren Kolonien regle. Wichtig ist das sog. Stabex-System, das Ausgleichszahlungen für Preisschwankungen von Rohstoffen leistet. Welche Folgen der EG-Binnenmarkt schliesslich auf die Dritte Welt hat, hängt weitgehend von der künftigen Handelspolitik der EG ab. Der Vizepräsident der EG-Kommission gibt zu, dass die EG 92 «das Risiko einer Marginalisierung der Dritten Welt» enthält. Dazu darf es nicht kommen, ebensowenig zu einer Marginalisierung Osteuropas.

Theresa Herzog: Umweltministerrat für Gesamteuropa als Fernziel

Die Bewegung zur EG fördert die *Vernetzung* schweizerischer, europäischer und weltweiter *Umweltorganisationen*, sagt Theresa Herzog-Zimmermann, Koordinatorin für Europafragen von fünf Umweltschutzverbänden der Schweiz. Bereits hat eine gesamteuropäische Konferenz in Fragen der Ökologie stattgefunden, und die im Europäischen Umweltbüro organisierten 123 EG-Umweltverbände haben ein Weissbuch «Ökologie und Wirtschaft» herausgegeben. Als eines der Fernziele nennt Theresa Herzog einen Umweltministerrat für Gesamteuropa.

Das Binnenmarkt-Programm hat zusätzliche Umweltbelastungen zur Folge. Die von der EG-Kommission eingesetzte Expertengruppe TASK FORCE rechnet mit einer Zunahme des grenzüberschreitenden *Lastwagenverkehrs* um 30 bis 50 Prozent. Die Luftschadstoff-Emissionen würden bis ins Jahr 2000 um weitere 10 bis 20 Prozent zunehmen. Die EG-Kommission hat den TASK FORCE REPORT lange Zeit unter Verschluss gehalten und bis heute nicht offiziell anerkannt, geschweige denn, die darin vorgeschlagenen Prioritätenwechsel in die Wege geleitet. Die 1989 beschlossene Errichtung einer *Europäischen Umweltagentur*, die in den Mitgliedländern Daten über die Umweltsituation sammeln sollte, hat bis heute ihre Arbeit nicht aufgenommen!

Für die Umweltorganisationen, erklärt Koordinatorin Herzog, ist der *EWR-Vertrag* nicht akzeptabel, wenn das gegenwärtige Niveau der Umweltschutzbestimmungen nicht gehalten und den EFTA-Ländern nicht ein klares Recht auf weiter-

gehenden Umweltschutz (über das EG-Niveau hinaus) eingeräumt wird. Auch die EG-Staaten müssten die Möglichkeit haben, die europäischen Normen zu verschärfen. Die Umweltorganisationen fordern eine ökologische Wirtschaftspolitik und damit ein Umdenken innerhalb der EG.

Hans Schäppi: ein kritisches Ja zur EG

Gewerkschaftsbund-Vizepräsident Hans Schäppi gehört zu jenen führenden Gewerkschaftern unseres Landes, die die heutige EG sehr kritisch unter die Lupe nehmen und allzu idealisierende Vorstellungen und Behauptungen von sich weisen. Während es den europäischen Wirtschaftsraum schon längst gibt, gilt es, den *europäischen Sozial- und Umweltraum*, verbunden mit *demokratischen Strukturen*, erst noch zu erkämpfen.

Angesichts der starken Dynamik der EG ist es nach Meinung Hans Schäppis illusorisch anzunehmen, die Schweiz könne sich auf Dauer dem europäischen Integrationsprozess entziehen und den Alleingang wählen. Eine isolationistische Position würde die *Probleme für die ArbeitnehmerInnen*, die mit der verschärften Konkurrenz auf dem Weltmarkt und den fehlenden übernationalen Normen entstehen, nicht nur nicht lösen, sondern sogar verschärfen. Auch würde dadurch die Entwicklung der Schweiz zu einem Zentrum dubioser Geschäfte gefördert. Eine isolationistische gewerkschaftliche Haltung ist ferner auch deshalb unerwünscht, weil sie die Zusammenarbeit und Aktionseinheit mit den europäischen Gewerkschaften erschweren würde.

Die *Option EWR* kommt aus gewerkschaftlicher Sicht nur als *Übergangslösung* für einen späteren EG-Beitritt in Frage, da die Schweiz sonst keine echte Mitbestimmung bei der Weiterentwicklung des Vertragswerkes hätte, was unserem demokratischen Selbstverständnis widerspricht. Aus politisch-strategischen Gründen ist der Umweg über den EWR vertretbar; man gewinnt damit auch Zeit für die nötigen innenpolitischen Reformen.

Die Schweiz sollte – so Hans Schäppi – möglichst bald ein *Beitritts-gesuch zur EG* stellen, um zusammen mit den andern Neutralen – Österreich, Schweden und wohl auch Finnland – bei den nächsten Beitrittsverhandlungen dabeizusein. Ein wichtiges Argument für einen EG-Beitritt sieht er darin, dass die Probleme, die sich aus der *Internationalisierung der Wirtschaft* ergeben, nur übernational wirksam gelöst werden können. Es ist von zentraler Bedeutung, dass im Europäischen Binnenmarkt übernationale Normen im Sozial- und Umweltbereich eingeführt werden, um Staaten und Beschäftigte nicht einer unfairen Konkurrenz auszusetzen und nicht soziale Errungenschaften zu gefährden. Die Schaffung

solcher Normen gehört zu den wichtigen europapolitischen Zielen der Gewerkschaften.

Beate Wille: Herrenhaus und Frauenzimmer?

Dieser provokative Titel, der die bisherige EG-Wirklichkeit recht gut treffen dürfte, war Aufhänger des Gesprächs mit Beate Wille, der früheren Administratorin der Neuen Wege. Die EG hat nur Gründungsväter und *keine Gründungsmütter*, und für die Herren, die 1951 den Grundstein zur EG legten, war die Rolle der Frauen in Europa kein Thema. Noch heute existiert auf europäischer Ebene keine globale Auflistung der Frauenprobleme; es gibt nur Einzeluntersuchungen. Trotz Richtlinien zur Gleichstellung herrschten mehr oder weniger in sämtlichen Ländern noch immer patriarchalische Strukturen vor. Ein Blick auf die EG-Statistiken zeigt auch, dass die *Lohndiskriminierung* in EG-Ländern ungefähr gleich hoch ist wie in der Schweiz. Das macht es vielen Frauen schwer, sich für die EG zu begeistern.

An Fortschritten in der Gesetzgebung fehlt es allerdings nicht. Bereits der Römer Vertrag von 1957 hält fest, dass jeder Mitgliedstaat den *Grundsatz des gleichen Entgelts* für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit anwenden muss. Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof führten später dazu, dass in den Jahren 1975 bis 1986 der EG-Ministerrat fünf Richtlinien für die Mitgliedstaaten in Kraft gesetzt hat. Diese betreffen Lohngleichheit, Beschäftigung, Berufsbildung, beruflichen Aufstieg, Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit, selbständige Erwerbstätigkeit und Mutterschutz. Bereits auf dem Tisch des Ministerrates liegen Richtlinienvorschläge über Elternurlaub, Rentenalter und Umkehrung der Beweislast für die auf Lohngleichheit klagende Frau. Beate Wille stellt fest, dass das *EG-Recht* in bezug auf die Frauen im ganzen *fortschrittlicher* ist als das schweizerische Recht. Das demnächst dem Parlament unterbreitete Gleichstellungs-gesetz wird einigen Rückstand aufholen.

In der Diskussionsrunde wird unterstrichen, dass gleiche Rechte nicht genügen. Von grundlegender Bedeutung ist die Überwindung der noch immer festverwurzelten *Rollenteilung*, die sich sowohl für Frauen wie für Männer und allenfalls ihre Kinder negativ auswirkt. Grosse Bedeutung kommt auch der Aufwertung der Teilzeitarbeit und allgemeinen Arbeitszeitverkürzungen zu, weil damit mehr Freiraum geschaffen wird.

Andreas Gross: europäische Öffnung und Demokratie kein Gegensatz

Das Gefäss des Nationalstaates ist heute zu eng, um die grossen Gegenwarts- und Zukunftspro-

bleme (Verhinderung militärischer Konfliktaustragung, Abbau ökologischer Katastrophenrisiken, Aufbau wirtschaftlicher Gerechtigkeit, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen usw.) lösen zu können, stellt der Politologe Andreas Gross, Leiter des Instituts für Direkte Demokratie, fest. Daraus folgt, dass die Schweiz einen Teil ihrer staatlichen *Souveränität auf die europäische Ebene abgeben* muss. Dies bedeutet aber nicht unbedingt eine Schmälerung der Souveränität der Bürgerinnen und Bürger. Je demokratischer die europäische Ebene verfasst und je direktdemokratischer sie ausgestaltet ist, desto mehr bleibt die Souveränität der BürgerInnen erhalten oder nimmt sie sogar zu.

Ein Beispiel: 1848 verloren die Kantone auch an Souveränität, die Kantonsbürger gewannen jedoch infolge der demokratischen Ausgestaltung des Bundes an Souveränität hinzu. Ein ähnlicher Prozess im Hinblick auf einen demokratischen und föderalistischen europäischen Bundesstaat ist heute dringend. Diese politische Weiterentwicklung ist umso wichtiger, als die *Wirtschaft ihre multinationale Präsenz* schon seit Jahren etabliert hat. Erst ein europäischer Bundesstaat souveräner BürgerInnen mit ausgebauten demokratischen Rechten vermag diesem «Europa der Konzerne» das notwendige Gewicht entgegenzustellen. Um dies zu erreichen, ist eine starke *europäische Demokratiebewegung* notwendig, also Schulterschluss und Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg.

Wie gut diese Gedanken ankamen, zeigte sich darin, dass alle anwesenden Mitglieder der Religiös-sozialistischen Vereinigung den Text «Bürgerinnen- und Bürgerinitiative für die Demokratisierung Europas und der schweizerischen Europapolitik» als ErstunterzeichnerInnen signierten. Aus der Zuversicht, dass echte Demokratie auch in einem europäischen Bundesstaat realisierbar ist, spricht sich der inzwischen in den Nationalrat gewählte Andi Gross für ein *rasches Beitritts-gesuch* der Schweiz zur EG aus, jedoch nicht für einen Beitritt im jetzigen Zeitpunkt.

Fernando Castillo: an sozialistischer Utopie festhalten

Als willkommenes geistiges Dessert über die Thematik dieses Ferienkurses hinaus wurde das Gespräch mit Fernando Castillo empfunden. Der als Befreiungstheologe in der christlichen Basisbewegung von Santiago de Chile Engagierte war aus Anlass des *500. Jahrestages der Entdeckung Amerikas* im Rahmen einer Kampagne «500 Jahre Unterdrückung – 500 Jahre Widerstand» auf Europa-Tournee. Er schildert die Entstehung und den Fortgang der Bewegung «*Christen für den Sozialismus*», die in Chile 1970 ihren Ursprung hatte. Auch im heutigen Chile weht dem Sozialis-

mus eine scharfe Brise ins Gesicht, der Neoliberalismus feiert Triumphe. Die Basisgemeinden wollen aber an einer sozialistischen Utopie mit stark ethischer Ausprägung festhalten. «Die Armen, die von einer neuen Gesellschaft träumen, müssen sich selbst diese Gesellschaft aufbauen. Wir haben dazu nicht ein fixfertiges Rezept; es ist aber der Traum von einer menschlicheren Gesellschaft ohne Privilegien und Unterdrückung».

Fernando Castillo geht auch auf die gegenwärtige *repressive Rolle der katholischen Hierarchie* ein. Alle vom Papst neuernannten Bischöfe sind Konservative, was die Arbeit der Basisbewegung

sehr erschwert. Die offizielle Kirche wird zurzeit von vielen mehr als Behinderung denn als Hilfe empfunden. Wenn die katholische Amtskirche sich nicht wandle, würden immer mehr Christen ihren Glauben «ausserhalb der Kirche» zu verwirklichen suchen. Die Basisgemeinden und Befreiungstheologen haben allerdings den Mut und die Hoffnung nicht aufgegeben: «Wir halten an der Kirche fest, in der Erwartung, dass wir diese reformieren können, ohne dass es zu einem Bruch kommt.»

Ferdinand Troxler

HINWEISE AUF BÜCHER

Dorothee Sölle: *Gott denken*. Einführung in die Theologie. Kreuz Verlag, Stuttgart 1990. 256 Seiten, DM 24,80.

Hinter dem abstrakt klingenden Buchtitel stehen 15 Vorlesungen, die nicht «reine» Lehre formulieren, sondern heutige Praxis der Befreiung reflektieren wollen. Dorothee Sölle war für das Wintersemester 87/88 als Gastprofessorin an die Gesamthochschule Kassel eingeladen, mit der Aufgabe, feministische Befreiungstheologie weiterzuentwickeln. Sie schreibt als Theologin, die für einige Jahre in New York lehrte, die Arbeit an einem neuen Nicaragua begleitete und seit Jahren an Bemühungen in Europa um Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung beteiligt ist. Vor diesem reichen Erfahrungshintergrund tritt das Buch in einen Dialog mit den theologischen Haupttraditionen.

Diese sind für Sölle vor allem die orthodoxen, die liberalen und die befreiungstheologischen der letzten 20 Jahre: amerikanische und afrikanische Befreiungstheologie, Schwarze Theologie, feministische Theologie. Einflüsse dieser drei «Grundmodelle» sind bis heute wirksam, oft in einem und demselben Menschen. Das lässt Sölle auch persönlich durchblicken an vielen Stellen, bei denen sie ihren theologischen Lernprozess beschreibt. Gerade dadurch regt sie uns zur eigenen Standpunktfindung an.

Jedes der drei theologischen Grundmodelle hat seine Verdienste, aber auch seine Fehler, aus denen zu lernen ist: «Orthodoxie» bedeutet «gläubige Annahme der in der Tradition geoffenbarten Wahrheit. Diese der Vernunft unzugängliche «Offenbarung» ist nur und ausschliesslich in Jesus Christus geschehen» (S. 20). Solcher Glaube

mochte z.B. im Dritten Reich zum Widerstand gegen die Ideologie von der Überlegenheit der arischen Rasse, gegen den Führerkult, gegen den Militarismus usw. führen. Andererseits können das orthodoxe «Allein die Bibel» oder «Allein Christus» bedeuten, dass Theologie «allzu kontextlos reflektiert» (S. 22) wird.

Demgegenüber mündete die Vernunftkritik an theologischen Dogmen und kirchlichen Institutionen in der Zeit der Aufklärung und danach in der liberalen Theologie auch in einen einseitigen Individualismus. Die nötige Toleranz wurde zur Beliebigkeit und Entscheidungslosigkeit, zu einer bloss privaten Religion, zur vorschnellen Versöhnung von «Christus und Kultur» – ein Grundproblem der Volkskirche in Deutschland, welche sich am ehesten noch als Forum begreift, aber in politischer Hinsicht bis heute kaum entschiedene Stellung bezieht, z.B. in Fragen des Militärs, der Wirtschaftsordnung, der Atomenergie...

Dorothee Sölle kommt es nun darauf an, befreiungstheologisch festzustellen: «Glaube ist nicht in erster Linie ein Trost im gewöhnlichen und oft miesen Leben, sondern eine andere Art zu leben, zu hoffen, zu handeln... Glauben und Handeln, Theologie und Politik... gehören hier zusammen» (S. 30). Trotz jeweiliger Würdigung der «vorangegangenen» theologischen Grundmodelle bekommt Befreiungstheologie eindeutig den Vorrang. Sie ist «nicht irgendeine theologische Mode, die wir mitmachen oder lassen könnten, sondern der heute uns von Gott angebotene Ausdruck des Glaubens, auch der Menschen in der Ersten Welt, die auf Befreiung hin leben: Befreiung von der furchtbaren Rolle, Unschuldige ins Elend zu stürzen, Kinder durch unsere Finanz-